

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
207 · Ausgabe CH · August 2023
AZB 3001 Bern · Post CH AG



Klimaschutz jetzt!

Sonst brauchen wir bald Schutz vor dem Klima.

HEISSER HERBST FÜR MIETER:INNEN

Die Mieten steigen, Mieter:innen sind unter Druck – und die Rechten profilieren sich mit knallharten Vorstössen gegen die Mieterschaft. Die Herbstsession könnte heiss werden. Seite 8

90 JAHRE FERIENLAGER DES SAH

Die Ferienlager für benachteiligte Kinder bildeten die Keimzelle des SAH. Vor 90 Jahren fand das erste Lager statt. Seite 13

Liebe Leserin, lieber Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus



Die Temperatur hat sich in der Schweiz seit Ende des 19. Jahrhunderts um ungefähr 2 Grad erhöht. 2022 war es 2,8 Grad wärmer als zwischen 1961 und 1990. Dennoch gibt es noch immer rechtsbürgerliche Politiker (fast nur Männer), die die Klimakrise entweder verharmlosen oder jede Massnahme, und sei sie noch so klein, zu verhindern versuchen.

Diese Leute hätte ich im Juli gerne auf unser Hausdach eingeladen. Wir installierten eigenhändig eine Solaranlage, schroteten Ziegel und setzten Haken. Auf der Strasse war es

33 Grad warm und auf dem Dach gefühlt um die 50 – mindestens. Und das ist erst der Anfang.

Es ist nicht so, dass wir in der Schweiz nichts gegen die Klimakrise tun können. Wir müssen es einfach endlich tun. Wenn nicht wir in der Schweiz, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann dann?

Ab Seite 4 liest du, wie sich unsere Nationalrät:innen in Bern fürs Klima stark machen, und welche Massnahmen ergriffen werden müssen. Fraktionschef Roger Nordmann hat zudem ein Klima-Buch geschrieben, das wir allen Faktenleugnern ganz stark ans Herz legen möchten.

Was können wir jetzt tun? Ganz konkret kannst du deine Freund:innen und Bekannten überzeugen, am 22. Oktober die SP-Liste einzulegen. Hilf beim Telefonieren für eine soziale Schweiz mit und melde dich auf der letzten Seite dieser Ausgabe zu einem gemeinsamen Telefon-Event an. Wir freuen uns, dich zu sehen!

Solidarische Grüsse, eure
Pia Wildberger

INHALT

- 4 **Wir ergreifen Partei für Klimaschutz und Versorgungssicherheit**
- 5 **Die Strasse braucht Köpfcchen statt Beton**
- 6 **Von Blumen und Bienen: Die Biodiversität ist in grosser Gefahr**
- 8 **Schluss mit der Abzocke von Mieter:innen**
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **«Manchmal lohnt es sich, früh aufzustehen»**
90 Jahre Kinderlager des SAH – der Ursprung des Arbeiterhilfswerks
- 14 **Jetzt unterschreiben: Für eine inklusive Schweiz**
Wie Behinderte täglich ausgegrenzt werden
- 15 **Wirtschaftswachstum – Fluch oder Segen?**
Ist das Wirtschaftswachstum die Lösung der Klimakrise – oder die Ursache?
- 16 **Kochen fürs Klima: Mit Improvisation gegen Food waste**
- 17 **Buchtipp: Direkte Demokratie in den Gemeinden**
- 18 **6 Fragen an Neumitglied Manuela Honegger, 42, Politologin**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und von der Anny-Klawe-Morf-Stiftung**



Florin Schütz / SP Schweiz

Kita-Initiative eingereicht

Anfang Juli reichten wir bei der Bundeskanzlei die Kita-Initiative für gute und bezahlbare Kinderbetreuung ein. 102 000 Menschen verlangten mit ihrer Unterschrift genügend bezahlbare Kita-Plätze und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der feministische Streik 2023 zeigte einmal mehr, dass es mit der Gleichstellung endlich vorwärtsgehen muss. Die meisten Väter arbeiten heute nach wie vor Vollzeit,

während vor allem die Mütter die Betreuung des Nachwuchses übernehmen und auf Erwerbsarbeit zumindest teilweise verzichten. Die freie Wahl beim Betreuungsmodell ist oft eine Illusion, weil die Betreuungsplätze fehlen oder zu viel kosten. Ein Vollzeit-Kitaplatz kostet über einen Viertel des durchschnittlichen Einkommens der Schweizer Haushalte. Ein gutes und bezahlbares Kita-Angebot ist darum ein zentrales Puzzleteil für mehr Gleichstellung.

Volle Kraft für mehr Kaufkraft

Alles wird teurer, doch Löhne und Renten sinken real. Jetzt steigen auch noch Mieten und Krankenkassenprämien. Zusammen mit den Gewerkschaften fordern wir daher bezahlbare Krankenkassenprämien, mehr bezahlbare Wohnungen, eine 13. AHV-Rente und den vollen Teuerungsausgleich.

Darum: Am 16. September raus auf die Strasse zur nationalen Kaufkraft-Demo in Bern!



Erfolg: Armut ist kein Verbrechen

Die SP hat im Parlament erreicht, dass Menschen ohne Schweizer Pass nicht mehr die Ausweisung droht, wenn sie legal Sozialhilfe beziehen. Das gilt neu für Ausländer:innen, die seit zehn Jahren und länger in der Schweiz leben.

Die Sozialhilfe ist das letzte Netz zum Schutz vor Armut. Sie garantiert Menschen in einer Notsituation das Existenzminimum. Doch seit der Verschärfung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) im Jahr 2019 drohte Personen ohne Schweizer Pass die Ausweisung, wenn sie auf Sozialhilfe angewiesen waren. Gemäss Bundesamt für Statistik sind rund 745 000 Personen – darunter über 130 000 Kinder – von Armut betroffen. Die Verschärfung des AIG hat in zahlreichen Fällen dazu geführt, dass Menschen ohne Schweizer Pass aus Angst vor einer Ausschaffung nicht wagen, Sozialhilfe zu beanspruchen. Dies wird nun anders – auch dank uns!

Wer kommt aufs Bundesrats-Ticket?

Wen nominiert die SP-Fraktion zu Händen der Bundesversammlung für die Nachfolge von Alain Berset? Einige haben bereits Interesse angemeldet, andere potenzielle Kandidierende halten sich noch bedeckt – die Spannung steigt. Die Kandidierenden machen vor der Nomination eine kleine Tour de Suisse und werden sich euren Fragen in öffentlichen Hearings stellen. Bitte merkt euch darum die folgenden Daten vor:

- **Montag, 6. November in Genf**
- **Mittwoch, 8. November in Biel (zweisprachig)**
- **Donnerstag, 9. November in Olten**
- **Dienstag, 14. November in Schaffhausen**

Die genauen Orte geben wir bekannt, sobald sie feststehen. Wir freuen uns auf grosses Interesse und zahlreiches Erscheinen!

PROMINENTE GÄSTE AM PARTEITAG

Wir freuen uns, am Parteitag vom 26. August in Biel hochkarätige Gäste begrüßen dürfen: Aus Rom reist **Elly Schlein** an, Vorsitzende des Partito Democratico, aus der Ukraine kommen Vertreter:innen der ukrainischen sozialdemokratischen Plattform, und aus Berlin stösst **Machis Cabrerós** zu uns, die neue Koordinatorin der Dachorganisation Progressive Alliance, die 113 sozialdemokratische, sozialistische und progressive Parteien weltweit vereint. Für spannende Diskussionen zum Auftakt der heissen Phase des Wahlkampfs dürfte gesorgt sein.

Wer die Anmeldefrist für den Parteitag verpasst hat, kann den Beiträgen und Reden online folgen. Wir übertragen den Parteitag unter sp-ps.ch/parteitag

Klimakrise konkret: Gestrandete Boote im ausgetrockneten Lac des Brenets, Juli 2022.

Bevölkerung will in ökologischen Umbau investieren

Für den Klimaschutz ist es allerhöchste Zeit. Wir wollen hier endlich vorwärtskommen. Dabei können wir auf dem Klimaschutzgesetz aufbauen.

Am Ende war das Ja zum Klimaschutzgesetz überraschend deutlich, und der 18. Juni zeigte sich gleich in doppelter Hinsicht als wegweisend: Erstmals überhaupt bekennt sich mit der Schweiz ein Land in einer Volksabstimmung zum Netto-null-Ziel. Und die Bevölkerung besiegelt auch gleich noch den ökologischen Umbau mit öffentlichen Investitionen. Darauf können wir aufbauen!

Bringt das Klimaschutzgesetz die Wende?

Die in der Vorlage enthaltenen verbindlichen Emissionsreduktionsziele (netto null bis 2050) sowie die Massnahmen zur Dekarbonisierung von Gebäuden und Industrie stärken einerseits die Energieunabhängigkeit und den Klimaschutz. Andererseits verzichtet das Gesetz auf Verbote sowie auf höhere Kosten und Abgaben für die Bürger:innen. Vielmehr erhält Geld, wer eine Öl-, Elektro- oder Gasheizung ersetzt. Über zehn Jahre sind dafür jährlich 200 Millionen Franken vorgesehen. Dieselbe Summe erhalten Industrie und Gewerbe während sechs Jahren, wenn sie in innovative Klimatechnologien investieren.

Und nein, die Schweiz wirft dieses Geld nicht zum Fenster raus. Statt jährlich 8 Milliarden Franken



Nadine Masshardt, Nationalrätin und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

für Öl, Gas und Uran an teils sehr fragwürdige Regimes zu bezahlen, investieren wir bei uns in den ökologischen Umbau. Das hilft nicht nur dem Klima, sondern ist auch Wirtschafts- und Friedenspolitik.

Klimafonds-Initiative und Finanzplatz

Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, reichen die im Klimaschutzgesetz vorgesehenen Investitionen jedoch nicht aus. Wir müssen gleichzeitig die erneuerbaren Energien – insbesondere die Sonnenenergie – deutlich ausbauen, die Energieeffizienz stärken, die Wirtschaft dekarbonisieren und den öffentlichen Verkehr ausbauen. Dazu braucht es die Klimafonds-Initiative, für die wir gemeinsam mit den Grünen derzeit Unterschriften sammeln. Ziel: Jährlich soll die Schweiz 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die ökologische Erneuerung investieren. Damit bauen wir auf der Logik des Klimaschutzgesetzes auf, schützen die Umwelt und stärken die Versorgungssicherheit.

Zudem ist klar, dass die Schweiz auch nach dem 18. Juni international Verantwortung übernehmen muss. Unser Finanzplatz etwa hat jahrzehntelang Kohle-, Öl- und Gaskonzerne mitfinanziert, die die Klima-

und Biodiversitätskrise anheizen. Aktuell verursacht der Schweizer Finanzplatz dadurch bis zu 18-mal mehr Emissionen als unser Land. Darum will die SP auch den Finanzplatz mit einer Volksinitiative in die Pflicht nehmen.

Flugverkehr nicht vergessen

Im Bundeshaus stehen bereits die nächsten energiepolitischen Meilensteine auf der Agenda: National- und Ständerat sind in den letzten Zügen der Beratung des sogenannten Mantelerlasses (Änderung Energiegesetz und Stromversorgungsgesetz). Ziel: die erneuerbaren Energien deutlich ausbauen. Und auch das CO₂-Gesetz ist in der Pipeline. Hier kniet sich die umweltpolitische Kommission des Ständerats nach den Sommerferien rein.

Und vergessen wir trotz postpandemischer Ferieneuphorie die Fliegerei nicht: Weltweit ist diese für 7 Prozent des Treibhausgasausstosses verantwortlich – in der Schweiz gar für 27 Prozent. Weiter wie bisher ist also unmöglich. In einem ersten Schritt sollte die steuerliche Bevorzugung im Vergleich mit den anderen Mobilitätsformen aufgehoben werden. Die Arbeitnehmenden der Flugbranche sind in den notwendigen Umbau miteinzubeziehen. Denn wie beim restlichen Klimaschutz geht es auch im Flugverkehr um den Erhalt der Lebensgrundlagen unserer Kinder und Grosskinder.

So kommst du günstig zum Buch

Das Buch «Klimaschutz und Energiesicherheit» von Roger Nordmann ist seit Anfang dieser Woche im Buchhandel erhältlich. Mit dem renommierten Verlag «Zytglogge» haben wir vereinbart, dass Leser:innen des links das Buch 20 Prozent günstiger bestellen können. Verwende einfach den Gutscheincode «NORDMANNKLIMA23» beim Bestellvorgang.

→ www.zytglogge.ch



Klimaschutz und Energiesicherheit

Nationalrat und Energieexperte Roger Nordmann zeigt in seinem neusten Buch, wie Klimaschutz und Versorgungssicherheit Hand in Hand gehen. Punkt für Punkt erklärt er, wie sich die Klimafonds-Initiative umsetzen lässt.

Dein Buch ist gespickt mit spannenden Grafiken und Fakten. Was ist die Hauptbotschaft?

Bevor man Lösungen entwickeln kann, müssen die Fakten auf den Tisch. Im Buch hat es daher viele Grafiken, die das Thema erklären. Wichtig ist mir: Es gibt einen Weg, Netto-null zu erreichen. Man muss nicht verzweifeln, darf aber auch die Schwierigkeiten nicht leugnen. Die Klimaneutralität wird sich an der Stromproduktion entscheiden. Wir müssen hier darum viel Geld investieren.

Wie stellst du dich zur Hoffnungsperspektive, dass wir das 1,5-Grad-Ziel noch erreichen?

Diese Zahl stammt aus dem Pariser Abkommen. Zwei Grad sind wahrscheinlich realistischerweise noch möglich. Es hängt nicht nur von der Schweiz ab, ob wir dieses globale Ziel noch erreichen können. Aber wenn Länder wie die Schweiz jetzt nicht aktiv werden, verfehlen wir es mit Sicherheit.

Welches sind die wichtigsten Massnahmen, die wir hier konkret umsetzen können?

Netto-null ist hauptsächlich eine Energiefrage. 80 Prozent der Emissionen in der Schweiz stammen aus Erdöl und Erdgas. Wir müssen daher die Gebäude sanieren, die Mobilität elektrifizieren und deutlich mehr erneuerbaren Strom produzieren. Hier bestehen technisch gute Möglichkeiten. Ich klammere im Buch aber auch schwierige Themen wie die Winterstromlücke nicht aus.

Wo müssen wir unser Verhalten ändern?

Es wird nicht möglich sein, weiterhin so viel zu fliegen. Fliegen ist bis auf Weiteres nicht nachhaltig möglich. Schwierigkeiten bereitet ebenso die nachhaltige Zementherstellung. Anpassungen sind auch in der Landwirtschaft nötig, zum Beispiel beim Einsatz von Dünger. Gerade weil es schwierige Bereiche gibt, muss man bei den einfacheren, technisch leicht umsetzbaren Massnahmen ansetzen.

Mit dem Klimaschutzgesetz sind wir einen Schritt weiter.

Die Abstimmung vom 18. Juni war ein Grosserfolg, der zeigt, dass wir die Investitionen in die Energiewende solidarisch und gerecht finanzieren müssen. Auch bei der Klimafonds-Initiative verfolgen wir diesen Weg. Im Buch zeige ich auf, wie wir die Initiative umsetzen können. Ich erkläre auch, weshalb Investitionshilfen besser über die Staatsverschuldung als über die Besteuerung von Energie finanziert werden. Denn eine Energiesteuer ist sozialpolitisch ungerecht: Die Kosten wären für grosse Teile der Bevölkerung nicht tragbar. Die Investitionen müssen darum fair finanziert werden – das ist unser Ansatz, der sich nun in der Abstimmung zum Klimaschutzgesetz durchgesetzt hat.



Die Strasse braucht Köpfe statt Beton



Jon Pult, Nationalrat GR und Präsident Kommission für Verkehr und Fernmelde-wesen KVF

Basel, Schaffhausen und Genfersee beschlossen. Genauso unverständlich ist die Ankündigung des Bundesrats, dass er einen Ausbau der Autobahnstrecken Bern– Zürich und Lausanne–Genf auf sechs Spuren anstrebt.

Weniger Verkehr – im Interesse von Klima und Lebensqualität

Verstehen die Rechten in Bern das Prinzip der induzierten Nachfrage nicht? Oder ist die Strassen- und Autolobby so mächtig, dass sie Fachargumente einfach in den Wind schlagen?

Letztlich wird die Stimmbevölkerung entscheiden, ob wir uns aus der Logik des ewigen Strassenausbaus und des ebenso ewigen Staus befreien. Im Interesse unserer Lebensqualität und des Klimaschutzes sollten wir das unbedingt tun.

Der Autoverkehr muss reduziert und es muss mehr Mobilität auf den ÖV für längere und auf das Velo für kürzere Strecken verlagert werden. Zudem sind die Verkehrsspitzen auf der Strasse zu brechen, um die vorhandenen (grossen!) Kapazitäten optimal zu nutzen. Ein effizientes und intelligentes System der Verkehrssteuerung sowie eine moderne Arbeitsorganisation mit flexibleren Arbeitszeiten in allen Branchen, wo dies möglich ist, können helfen. Nutzen wir also die Chancen der Digitalisierung und denken wir über eine faire Bepreisung des Strassenverkehrs nach. Kurz: Wagen wir mehr Köpfe statt Beton!

Der New Yorker Verkehrsexperte Lewis Mumford wusste schon vor 70 Jahren: Mehr Strassen bauen ist wie «seinen Hosengürtel öffnen, um Übergewicht loszuwerden». Wer die Strassen ausbaut, schafft mehr Verkehr. Das ist wissenschaftlich belegt, wie auch der Schweizer Mobilitätsforscher Thomas Sauter-Servaes kürzlich bestätigte: Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten.

In der Fachsprache heisst das Phänomen «induzierte Nachfrage». Eine Vergrösserung des Angebots führt dazu, dass wir dieses stärker nutzen als vorher – so dass die Nachfrage bald noch grösser wird als das vergrösserte Angebot. Vor dem Hintergrund, dass in der Schweiz der Verkehr einen Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen verursacht, sind mehr Strassen also schlicht verantwortungslos.

Umso unverständlicher entscheidet die Mehrheit im Nationalrat: Gegen die Stimmen der SP hat sie über 5 Milliarden Franken für den Ausbau des Nationalstrassennetzes in den Regionen Bern, St. Gallen,

Von Blumen und Bienen

Die Biodiversität ist in grosser Gefahr. Wenn wir den massiven Verlust an Pflanzen, Tieren und Lebensräumen verhindern wollen, müssen wir jetzt handeln. Es braucht ein Ja zur Biodiversitäts-Initiative.



Martina Munz,
Nationalrätin Schaffhausen

Momentan blüht alles auf: Bunte Blumen sind überall zu sehen, ihr Duft zieht allerlei Insekten und Vögel an, die Früchte reifen heran. Diese grosse Vielfalt an Pflanzen und Tieren ist auch als Biodiversität bekannt. Gerade jetzt wird sichtbar, wie alles eng miteinander verknüpft ist. Und diese Vielfalt ist in grosser Gefahr. Denn das System ist fragil. Ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz sind gefährdet. Wir haben eine akute Biodiversitätskrise, die genauso bedrohlich ist wie die Klimakrise.

Insektensterben ist augenfällig

Früher musste man nach einer Autofahrt die Windschutzscheibe putzen, weil sie mit toten Insekten übersät war. Das entfällt heute. Und auch um die Strassenlaterne tanzende Falter gehören der Vergangenheit an. In nur einer Generation ist die Insektenmasse um drei Viertel geschrumpft. Wer bestäubt in Zukunft unsere Kulturpflanzen, wenn

die Insekten fehlen? Was fressen Fische und Vögel, wenn das wichtigste Glied der Nahrungskette fehlt? Hinzu kommt: 90 Prozent aller Moore der Schweiz sind zerstört, und auch artenreiche Trockenwiesen sind weitgehend verschwunden. Der schlechte Zustand der Biodiversität trifft uns alle, vor allem in der Landwirtschaft. Diese braucht die Biodiversität! Die Artenvielfalt sichert die Bodenfruchtbarkeit und damit auch die Ernährungssicherheit. Allein der Wert der Bestäubungsleistung von Insekten wird auf 340 Millionen Franken pro Jahr geschätzt.

Boden verschwindet

In der Schweiz wird pro Sekunde ein Quadratmeter Boden überbaut. Das sind täglich zehn Fussballfelder – womit rund 33 000 Tierarten und über 5000 Pflanzenarten immer weitere Teile ihres Lebensraums verlieren. Natur und Landschaft stehen unter enormem Druck. Die

Schutzinteressen werden zum Vorteil wirtschaftlicher Interessen zurückgestellt. Die Schweiz ist in Sachen Naturschutz schon lange kein Vorbild mehr. Nur knapp elf Prozent der Fläche unseres Landes stehen unter Schutz. Damit liegen wir in Europa auf einem der letzten Ränge. Die Bevölkerung schätzt den Wert der Natur hoch ein. Das zeigt eine repräsentative Befragung des Forschungsinstituts Sotomo aus dem Jahr 2022. Auf die Frage «Was bedeutet Wohlstand für Sie?» verwies eine Mehrheit der Befragten (62 Prozent) nicht etwa auf «Geld für schöne Dinge haben» oder «reisen können», sondern auf eine «intakte Natur».

Die Artenvielfalt stirbt leise

Die Natur ist die Grundlage unserer Existenz. Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen helfen das Klima zu regulieren, reinigen Luft und Wasser, dienen unserer Gesundheit und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherheit. Und Biodiversität macht auch die Welt gerechter: Ihr Schutz und ihre Erhaltung sind der Schlüssel zur Armutsbekämpfung, denn gesunde Ökosysteme garantieren gesunde Nah-



Albert Krebs, ETH Zürich

rungsmittel und sauberes Wasser. Sie tragen weltweit als natürliche Kohlenstoffspeicher zur Minderung des Klimawandels bei und federn extreme Wetterereignisse ab. Klimakrise und Biodiversitätskrise sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Beide Krisen sind existenziell und müssen von uns allen gemeinsam gelöst werden. Während die Klimakrise mit Katastrophen wie Dürren und Überschwemmungen auf sich aufmerksam macht, fällt die Biodiversitätskrise weit weniger auf. Das Sterben der Natur kennt keine lauten Töne. Art für Art verschwindet lautlos und unbemerkt. Es ist höchste Zeit, dass wir dieses Artensterben stoppen und unsere Lebensgrundlage nachhaltig sichern.

Biodiversitätsinitiative gibt dem Artensterben eine Stimme

Die Umweltverbände haben deshalb Unterschriften gesammelt und im Herbst 2020 die Biodiversitätsinitiative eingereicht. Diese fordert genügend Flächen und finanzielle Mittel für den Erhalt der Natur sowie einen besseren Schutz der Landschaft und des baukulturellen Erbes. Der Bundesrat lehnt zwar die Initiative ab,

nimmt aber die Anliegen in einem indirekten Gegenentwurf auf. Er hat damit den dringlichen Handlungsbedarf erkannt. Mit rund 100 Millionen Franken will er die bestehende Biodiversitätsstrategie beschleunigen. Der Nationalrat ist ihm gefolgt und hat den Gegenentwurf sogar mit dem Instrument der Biodiversitätsgebiete verbessert.

Leider wollte der Ständerat davon nichts wissen. Zu teuer! Er versenkte den Gegenvorschlag diesen Juni, obwohl die Kantone den Ständerat mahnten: «Der Verlust an Biodiversität und die damit einhergehenden Kosten von schätzungsweise 14 Milliarden Franken im Jahr 2050 bereiten uns Sorge.» Die Kosten für den indirekten Gegenentwurf wären hingegen bescheiden. Schäden zu reparieren, kommt uns viel teurer zu stehen. Der Ständerat hat es verpasst, den wirtschaftlichen Wert der Leistungen unseres Ökosystems in seinen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Nun muss das Volk korrigieren und die Biodiversitätsinitiative annehmen. Wir machen uns an die Arbeit – für die Natur, für das Klima, für die Menschen.



Am 30. September für mehr Klimaschutz nach Bern

Vier Jahre ist es her, seit 100 000 Menschen auf dem Bundesplatz für einen ambitionierten Klimaschutz demonstrierten. Vier Jahre, in denen in der Klimapolitik viel zu wenig passierte. Vier Jahre, in denen sich Hitzewellen häuften, Wälder brannten und Städte überflutet wurden. Mittlerweile ist die Klimakrise auch in der Schweiz angekommen. Sie hat nicht nur das Schmelzen der Gletscher, sondern auch Hunderte von Hitzetoten im Sommer zur Folge. Bei der Bekämpfung der Klimakrise geht es im Kern um den Schutz der Menschen: Um ältere Personen, die wegen der Hitze kaum noch das Haus verlassen, um Landwirt:innen, die wegen Dürre unter Ernteausfällen leiden, oder um Bauarbeiter:innen, die auf dem glühend heißen Asphalt noch härter schuften müssen.

Obwohl vor vier Jahren ein klimafreundlicheres Parlament gewählt wurde, ist die Einhaltung der für 2030 beziehungsweise spätestens bis 2050 festgeschriebenen Emissionsreduktion alles andere als sicher. Darum gehen wir am 30. September 2023 erneut auf die Strasse. Für die Klimagerechtigkeit, für die Wahl von mehr ökologischen Kräften ins Parlament. Die Liste der dringend erforderlichen Massnahmen – ob Solarpanels auf allen Dächern oder der Stopp der Investitionen in fossile Infrastruktur – ist lang. Und die Lücke zwischen notwendigen und umgesetzten Massnahmen ist noch grösser.

Deshalb reisen wir am 30. September gemeinsam mit dem Zug, dem Fahrrad oder zu Fuss nach Bern, um lautstark für Klimagerechtigkeit einzustehen. Gesundheitsfachleute, Landwirt:innen, Menschenrechtsaktivist:innen und viele weitere Berufs- und Gesellschaftsgruppen laufen ab 14 Uhr in Demoblöcken vom Bollwerk (beim Bahnhof Bern) zum Bundesplatz. Nach der Kundgebung gibt es auf dem Waisenhausplatz Info- und Essensstände sowie Workshops. Auf nach Bern – sei mit dabei!

Lena Bühler, Co-Projektleitung Klima-Allianz.
Die SP ist Mitglied der Klima-Allianz.

Programm und Unterstützung:

→ www.klima-demo.ch

Schluss mit der Abzocke von Mieter:innen!

Geht es um Wohn- und Bodenpolitik, stimmt in diesem Land vieles nicht. Die rechten Kräfte im Parlament profilieren sich mit knallharten Vorstössen gegen die Mieterschaft im Land. Höchste Zeit, dass wir uns stärker für die Interessen – und die Kaufkraft! – der Mieter:innen einsetzen. Interessierte SP-Mitglieder können sich hier direkt einbringen.

Beim Öffnen der Post dürfte in diesem Sommer vielen Mieter:innen der Atem gestockt haben. Die Hiobsbotschaft: Die teure Wohnung wird noch teurer. Was ist passiert? Per Anfang Juni wurde der Referenzzinssatz um 0,25 Prozentpunkte erhöht. Da die maximal zulässige Miete in der Schweiz direkt an diesen Zinssatz gebunden ist, wurde damit eine Welle von Mietzinserhöhungen ausgelöst. Die Leidtragenden sind die Haushalte, die vielfach schon heute kaum wissen, wie sie die steigenden Lebenshaltungskosten berappen sollen.

Hohe Mieten sind für viele Menschen eine grosse Belastung. Wer zur Miete lebt – das ist die Mehrheit im Land –, gibt im Schnitt mehr als ein Fünftel des gesamten Haushaltseinkommens fürs Wohnen aus, bei den tiefsten Einkommen ist es gar mehr als ein Drittel. Für die meisten Familien sind die Ausgaben fürs Wohnen der grösste Posten im Haushaltsbudget und damit entscheidend für die Kaufkraft.

Heisser Herbst für Mieter:innen

Im Mietwesen herrscht eine Wildwest-Mentalität: Zahlreiche Immobilienbesitzer:innen knöpfen den Mieter:innen massiv mehr Geld ab, als es das Gesetz erlaubt. So belegt der Mieterinnen- und Mieterverband in einer Studie, dass in den letzten 15 Jahren rund 78 Milliarden Franken illegal von den Mieter:innen zu



Ronja Jansen, Co-Präsidentin
der Themenkommission
Wohn- und Bodenpolitik

den Immobilienbesitzenden umverteilt wurden.

Trotz dieser Abzocke weigert sich die rechte Mehrheit im Parlament seit Jahren, dem illegalen Treiben einen Riegel zu schieben – im Gegenteil. Statt die illegalen Profite einzudämmen, setzen die Bürgerlichen alles daran, den Profit-Deckel zu lockern. Auch andere Rechte der Mieter:innen will die bürgerliche Mehrheit einschränken: So wurden in der Rechtskommission des Ständerats verschiedene Vorstösse angenommen, die es den Vermietern erleichtern, Mietzinserhöhungen und Kündigungen durchzudrücken. Das

darf nicht passieren! Deshalb haben die Delegierten am letzten Parteitag eine Kampagne zum Thema Mieten beschlossen. Es ist höchste Zeit in die Offensive zu gehen. Die Spekulation mit Boden und Wohnraum gehört endlich eingedämmt. Statt illegale Profite zu legalisieren, müssen die Verantwortlichen mit griffigen Mietpreiskontrollen zur Rechenschaft gezogen werden. Zudem muss der gemeinnützige Wohnungsbau massiv ausgebaut und Boden muss systematisch ins Eigentum der öffentlichen Hand zurückgeführt werden.

Besonders bei Letzterem ist nicht nur die nationale Politik gefordert, sondern wir alle in unseren Gemeinden und Kantonen. Nur wenn wir gemeinsam auf allen politischen Ebenen anpacken, können wir die Milliardenabzocke auf dem Buckel der Mieter:innen stoppen.

MACH MIT IN DER WOHN- UND BODENPOLITIK!

Boden ist ein kostbares Gut, das allen zur Verfügung stehen muss. Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht – davon sind wir in der Schweiz jedoch weit entfernt. Darum engagiert sich die SP für faire Mieten, für eine Kontrolle der Bodenpreise und für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Mit der Themenkommission «Wohn- und Bodenpolitik» wollen wir dieses Engagement stärken. Wir wollen Expert:innen und interessierte Parteimitglieder zusammenbringen und den Austausch fördern. Interessierte sind darum herzlich eingeladen, sich in der Themenkommission einzubringen und so an der Erarbeitung von Positionen und Haltungen mitzuwirken. Die Sitzungen finden zwei- bis viermal pro Jahr online statt, einmal pro Jahr soll nach Möglichkeit ein physisches Treffen organisiert werden.

Interessierte melden sich noch heute bei Jessica unter der E-Mail jessica.gauch@spschweiz.ch



«Als Gewerkschafter vertrete ich die Interessen der Normalverdienenden»

Kantonalparteipräsident David Roth (38) ist unser Kandidat für den Ständerat. «Links.lu» sprach mit ihm über seinen Wahlkampf. Interview: Sebastian Dissler

Lieber David, seit 1955 werden die Luzerner Ständeratssitze von CVP und FDP gehalten. Wie hoch schätzt du die Chancen deiner Kandidatur ein?

Davor hatten die Katholisch-Konservativen 84 Jahre lang beide Sitze. Bis die Liberalen mit Unterstützung der SP dieses Kartell sprengten – auch damals gegen einen Bisherigen. Heute ist die FDP leider nur noch wirtschaftsfreisinnig und nicht mehr liberal. Zeit also, dass wir das Kartell wieder sprengen. Das wird uns gelingen, die Frage ist nur, wann.

Was sind die wichtigsten Themenfelder, bei der du dich als Ständerat einbringen möchtest?

Unsere aktuelle Landesvertretung hat höhere Prämienverbilligungen verhindert, es fehlten nur zwei Stimmen. Das Duo kann sich nicht durchsetzen beim Durchgangsbahnhof und betreibt dafür einen (Zitat Tagesanzeiger) «Populistenstadl». Es verhindert den Bau von Asylsiedlungen, Damian

Müller forderte jüngst gar die menschenrechtswidrige Abschiebung von Asylsuchenden nach Rwanda. Alles wohl um rechts ausen nach Stimmen zu fischen. Die Menschen im Kanton Luzern haben eine schwindende Kaufkraft, machen sich Sorgen um die Klimapolitik und wollen endlich echte Gleichstellung. Diese Anliegen müssen vertreten sein und deshalb kandidiere ich.

Seit Mitte der 90er-Jahre ist die Linke in der kleinen Kammer stärker geworden, besonders akzentuiert seit 2011. Ich denke, dass es für den Kanton Luzern von Vorteil wäre, ebenfalls mit einem linken Sitz vertreten zu sein.

Die nationale Schwäche der Zentralschweiz ist augenfällig, insbesondere bei Infrastrukturprojekten. Ein Beispiel: Der Durchgangsbahnhof wird nach hinten geschoben, gestückelt und dann wieder völlig in Frage gestellt. Der Fahrplan mit Direktverbindungen wird ausgedünnt. Hauptgrund dafür ist: Wer nur auf einer Seite des Rates verankert ist, hat es

viel schwerer, Anliegen über die Ziellinie zu bringen.

Deine bürgerlichen Konkurrent:innen Damian Müller und Andrea Gmür sind – wie du – profilierte Politiker:innen. Was ist der grösste Unterschied zwischen ihnen und dir?

Als Gewerkschafter vertrete ich die Interessen der Normalverdienenden, der Arbeitssuchenden und Rentner:innen und bin nicht verhängt mit der Pharma- und Versicherungslobby. Wie die Mehrheit der Schweizer:innen bin ich Mieter und nicht Liegenschaftsbesitzer. Das Sein bestimmt das Bewusstsein.

«Wie die Mehrheit der Schweizer:innen bin ich Mieter und nicht Liegenschaftsbesitzer.»

Roth wirkt

Mit diesem Slogan und den Farben Rot und Weiss des Kantons Solothurn (und der Schweiz) zieht unsere Rosso in den Ständeratswahlkampf. Die Kantonalpartei unterstützt sie dabei mit der Basiskampagne, bei der wir Bestellungen für Plakate und Postkarten von Franziska Roth entgegennehmen und unsere Wählerinnen und Wähler für die Ständeratswahl mobilisieren werden.

**Liebe Genossin
Lieber Genosse**

Mit Deiner Unterstützung wirke ich in Zukunft im Ständerat und schaffe mehr Dialog, mehr Chancengleichheit, mehr Nachhaltigkeit. Als erfahrene Nationalrätin bin ich für den intensiven und kompromissorientierten Alltag einer Ständerätin bestens gerüstet.

Roth wirkt:

- Als Sicherheitspolitikerin für eine solidarischere Schweiz, welche bereit ist zur Zusammenarbeit. Wichtige Entscheide, die im Rahmen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges in der Ukraine zu treffen waren oder noch sind, gehen auf Initiativen von meiner Seite zurück.
- Als Sozialpolitikerin für nachhaltiges Engagement gegen Armut, für anständige Löhne und Renten, für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und – gut vernetzt mit Betroffenen – für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.
- Als Bildungspolitikerin, als Lehrerin und Heilpädagogin mit über 30 Jahren Schulerfahrung für frühe Förderung, kompetente Betreuung und Bildung aller Kinder und Jugendlichen.
- Als Umweltpolitikerin für Energieeffizienz, Klimaneutralität und Förderung der Biodiversität. Weil wir nur eine Umwelt haben.

Wirken heisst in Dialog treten. Nur in einem offenen, fairen Dialog können nachhaltige Kompromisse gelingen. Ich höre zu und werde gehört. Ich verfüge über ein grosses Netzwerk, einen starken Willen und kann mich in Bern als Solothurner Ständerätin durchsetzen.

Ich bin überzeugt, dass es für eine solidarischere, gerechtere und freie Schweiz mehr Frauen in Bern braucht, die mitreden wollen und Brücken bauen können. Ich kann das und bin bereit.

Die Schweiz stellt am 22. Oktober 2023 die Weichen für die Zukunft. Um die Wahl ins Stöckli zu schaffen, brauche ich Deine Unterstützung.

Franziska Roth



Volle Unterstützung von uns allen für den Ständeratswahlkampf: Co-Präsidium Nadine und Hardy mit unserer Rosso.

Fortsetzung von Seite 9

Wähler:innentelefonieren:

- Samstag, 30. September: alle Amteien, 10–17 Uhr
- Montag, 2. Oktober: Solothurn, 17–20.30 Uhr
- Dienstag, 3. Oktober: Solothurn, 17–20.30 Uhr
- Mittwoch, 4. Oktober: Olten, 17–20.30 Uhr
- Donnerstag, 5. Oktober: Solothurn, 17–20.30 Uhr
- Samstag, 7. Oktober: alle Amteien, 10–17 Uhr
- Montag, 9. Oktober: Olten, 17–20.30 Uhr
- Dienstag, 10. Oktober: Solothurn, 17–20.30 Uhr
- Mittwoch, 11. Oktober: Olten, 17–20.30 Uhr
- Donnerstag, 12. Oktober: Olten, 17–20.30 Uhr
- Samstag, 14. Oktober: alle Amteien, 10–17 Uhr
- Montag, 16. Oktober: Olten, 17–20.30 Uhr
- Mittwoch, 18. Oktober: Solothurn, 17–20.30 Uhr

Roth wirkt.
Unsere Ständerätin



Danke für Ihre Unterstützung
Franziska Roth

Das Erscheinungsbild und das Logo der Ständeratskampagne.

**SO KANNST DU
ROSSO
UNTERSTÜTZEN**

- Du trittst ihrem Komitee bei und spendest oder bestellst ein Plakat oder Postkarten. Scanne den QR-Code oder besuche ihre Homepage unter <https://www.franziskaroth.ch/>
- Du bestellst Postkarten oder Plakate von Franziska Roth über unsere Basiskampagne, wenn wir dich im August anrufen.
- Du hilfst mit, im September und Oktober per Telefon unsere Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.



Komitee Franziska Roth

Für gute Bildung und einen starken Arbeitsmarkt

Ein starker und stabiler Arbeitsmarkt braucht gut qualifizierte Menschen. Darin sind sich alle einig. Während der Arbeitgeberverband den Fachkräftemangel aber mit einer Verlängerung der Arbeitszeiten bekämpfen will, setze ich auf eine Stärkung der Bildung und ein System, das niemanden zurücklässt.



Mustafa Atici
Nationalrat

Allen Menschen mit einer angemessenen Bildung und Weiterbildung ein lebenslanges Lernen ermöglichen: Das sorgt dafür, dass es am Arbeitsmarkt ausreichend Arbeitskräfte und Fachleute gibt. Davon sind wir leider weit entfernt. Inzwischen ist der Fachkräftemangel der wichtigste Hemmschuh unserer Wirtschaft. Etwa 120 000 Stellen sind unbesetzt und in den kommenden zehn Jahren könnten fast eine halbe Million Arbeitnehmende fehlen. Die Wirtschaft bleibt so trotz voller Auftragsbücher weit unter ihrem Potenzial.

Attraktive Arbeitsbedingungen statt erhöhtem Druck

Die Zeiten, als die Schweiz ihre Fachkräfte

einfach aus dem Ausland holen konnte, sind vorbei. Auf dem ganzen Kontinent geht die Babyboomer-Generation in Rente. Um diese Lücke zu schliessen, propagiert der Arbeitgeberverband nun eine Erhöhung des Rentenalters, eine höhere Wochenarbeitszeit und weniger Teilzeitarbeit.

Damit würde das Problem aber nicht gelöst, sondern verschärft. Das Beispiel der Pflegeberufe zeigt auf: Wer den Arbeitsdruck erhöht, verschärft den Fachkräftemangel. Wer verhindern will, dass die besten Fachkräfte ihren Job nach wenigen Jahren ausgetrieben wieder aufgeben, setzt auf gute Löhne und Arbeitsbedingungen sowie auf Weiterbildung.

Bildungsoffensive für Geringqualifizierte

Strukturwandel, Digitalisierung und demografische Transformation machen lebenslanges Lernen unverzichtbar. Gemäss der OECD sind 27 Prozent aller Beschäftigten einem hohen Automatisierungsrisiko ausgesetzt. Namentlich Geringqualifizierte und

ältere Arbeitnehmende können sich nur mit Weiterbildungen nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt halten.

Unser Weiterbildungssystem erreicht aber ausgerechnet diejenigen am wenigsten, die es am nötigsten hätten. 800 000 Erwachsene können in der Schweiz nicht richtig lesen und schreiben, 400 000 haben Mühe mit einfachen Rechenaufgaben und rund 500 000 haben keine Berufsbildung. Mangelnde Grundkompetenzen und eine fehlende Berufsbildung vermindern die Arbeitsmarktfähigkeit, erschweren die Weiterbildung und erhöhen das Risiko, von Sozialleistungen abhängig zu werden. Da müssen wir endlich Gegensteuer geben. Es braucht dringend eine Weiterbildungsoffensive für Erwachsene mit tiefem Bildungsstand, prekärem Arbeitsmarktstatus und niedriger beruflicher Stellung.

Frühförderung jetzt auch schweizweit

Der Aufbau von Grundkompetenzen kann nicht früh genug einsetzen. Spielgruppen, die alle erreichen, bilden das beste Mittel zur Sprachförderung und Schulvorbereitung. Bei uns im Kanton Basel-Stadt haben wir mit der obligatorischen Frühförderung viel erreicht. Dieses Modell muss nun auf die ganze Schweiz ausgeweitet werden. Da steht auch der Arbeitgeberverband in der Pflicht.

WICHTIGE TERMINE IM WAHLKAMPF

- **Mi, 23. August 2023, 20 Uhr
Wahlkampfauftakt im Volkshaus Basel**
Es wird ein politisches Programm zusammengestellt und kurzfristig auf der Homepage bekannt gegeben.
- **19.–29. August 2023
Einbindungstelefonieren**
Wir versuchen möglichst viele Mitglieder und Zugewandte für die Mithilfe im Wahlkampf zu mobilisieren.
- **Samstag, 30. September, 7. Oktober und 14. Oktober 2023
Grosse Telefonanlässe**
Wir telefonieren, bis die Ohren glühen, und erinnern möglichst viele Menschen in Basel ans Wählen.
- **Sonntag, 22. Oktober 2023
Wahltag**
Die SP Basel-Stadt trifft sich nach der Bekanntgabe der Resultate. Zeit und Ort folgen.

Impressionen vom Wahlkampffest in Biel

Am 17. Juni eröffnete die SP Kanton Bern den Wahlkampf mit einem Fest in Biel. Bei Sonnenschein, feinem Essen und toller Musik hatten die Kandidat:innen sowie Interessierte die Möglichkeit sich auszutauschen. **Ein grosses Merci** an alle Helfer:innen und Besucher:innen.



AGENDA 2023

- 2. September 2023: Parteitag in Spiez ab 10 Uhr
- 22. Oktober 2023: Nationale Wahlen
- 1. November 2023: Parteitag in Bern ab 19 Uhr

Man kann die Leute ja nicht zwingen

Es ist 22.42 Uhr, als ich die ersten Wörter tippe. Töchterchen Ela ist unterdessen exakt zehn Monate alt, anhaltend zuckersüss, am Krabbeln und Zahnen – und unschuldig. Anderer, fehlender Nachwuchs raubt mir Zeit und Schlaf. Dies ist eine Episode aus dem Leben eines Sektionspräsidenten. Neben nationalen Wahlen sind bei uns im November nämlich auch Gemeindewahlen. Und noch mangelt es an Kandidierenden. Trotz gefühlt 96 Gesprächen, engagiertem Vorstand und fleissigem Weibeln. Man kann die Leute ja nicht zwingen – leider.

Früher war das einfacher. Da lancierte das Familienoberhaupt nach einem Jass und einigen Bieren am Stammtisch spontan und selbstbewusst seine Polit-Karriere. Die Gattin erfuhr anderntags beim «Kömerle» von den hohen Weihen und fügte sich selbstverständlich. Nach erfolgter Wahl versorgte sie abends ebenso selbstverständlich die Kinder, während

Rote Feder



der Herr im Gemeindehaus politisierte. Neben seinem 100-Prozent-Job. Dass diese Zeiten vorbei sind, ist zweifelsfrei ein Fortschritt – macht es aber den Ortsparteien nicht leichter.

Heute kommt sie sofort, die Frage nach der Vereinbarkeit. Dass es eigentlich gar nicht sooo viel zu tun gebe, sage ich nach 16 Gemeinderatsjahren nicht. Erst recht nicht jemandem mit kleinen Kindern. Familie, Arbeit und politischen Nebenjob unter einen Hut zu kriegen, ist eine Herausforderung. Aber eine, die anzunehmen sich lohnt! Denn ein solches «Ämtli» ist hochspannend und eine der wertvollsten Erfahrungen, die ich je machen durfte.

Das habe ich auch meiner Frau gesagt, als ich sie gefragt habe, ob sie nicht kandidieren möchte. Sie will das mit der Familie besprechen. Schade, wieder eine Absage.

Stefan Krattiger, Präsident
SP Aegerten und ehemaliger
Gemeindevorstand

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern

«Manchmal lohnt es sich, früh aufzustehen»

Benno Lottenbach, 48, nahm als Kind und Jugendlicher in den 1990er-Jahren an mehreren SAH-Lagern teil, zum Schluss gar als Leiter. Ein Blick zurück zum 90-Jahr-Jubiläum der SAH-Kinder- und Jugendferienlager.

Caroline Morel, Leiterin Nationales Sekretariat des SAH

An welches Erlebnis erinnerst du dich sofort, wenn du an die SAH-Kinder- und Jugendferienlager zurückdenkst?

Benno Lottenbach: Mit 14 bin ich zum ersten Mal in das Sommerlager nach Yverdon gegangen, ohne dass ich irgendjemanden kannte. Das brauchte schon ein wenig Mut. Ich fühlte mich sofort wohl und fand innerhalb kürzester Zeit neue Freunde. Besonders gefiel mir, dass ich Menschen aus der ganzen Schweiz kennenlernte habe.

Welchen Herausforderungen bist du begegnet? Wie konntest du sie meistern?

Der allererste Tag war sicher die grösste Herausforderung, weil ich die anderen Jugendlichen kennenlernen musste. Mein Highlight war ein Velo-Postenlauf mit verschiedenen Aufgaben zum Start des Lagers. An einem der Posten musste man so viele Baumstämme wie möglich quer auf das Velo laden und damit ein paar Meter fahren. Ich habe bei diesem Posten gewonnen, aber weil die Stämme so schwer waren, hatte ich für den Rest der Ferien eine Acht in meinem Rad.

Welches sind die schönsten Erinnerungen?

Eines Morgens sind wir vor Sonnenaufgang aufgestanden, was uns natürlich nicht so gefallen hat, und gingen in einem Moor Vögel beobachten. Am Schluss war es ein wunderschöner Sonnenaufgang. Da realisierte ich, dass es sich manchmal lohnt, früh aufzustehen.

Was hat dir weniger gefallen?

Im dritten Lager war ich 16 und die Gruppe hatte sich verändert. Einige Jugendliche hielten sich nicht an die Regeln. Die verschiedenen sozialen Schichten waren in diesem Lager spürbar.

Was hast du in den Kinderferienlagern fürs Leben gelernt?

Eine der besten Erfahrungen war, dass ich die Gelegenheit hatte, aus alten Mustern und dem Bild, das mein gewohntes Umfeld von mir hatte, auszubrechen. Dadurch, dass ich niemanden kannte, konnte ich mich wie neu erfinden.

Ich habe auch gelernt, auf Menschen zuzugehen und einander Chancen zu geben. Durch die Lageraufenthalte habe ich realisiert, dass es verschiedene soziale Hintergründe gibt und daraus ein tolles, buntgemischtes Team entstehen kann.

Eine SAH-Assistentin misst im Rahmen der «Walliser Aktion» das Gewicht eines Kindes.

90 JAHRE SAH-KINDERLAGER

Die Sozialdemokratische Partei und der Schweizerische Gewerkschaftsbund gründeten 1933 die «Arbeiterkinderhilfe der Schweiz», die Vorläuferin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH), das erst drei Jahre später entstand. Die sozialistischen Frauengruppen waren die treibende Kraft, die den Kindern aus armen und benachteiligten Familien eine kurze Auszeit mit ausreichendem Essen ermöglichen wollten. So stand damals beispielsweise das Wägen der Kinder auf dem Programm, um die erwünschte Gewichtszunahme zu kontrollieren.

Die Nachfrage nach Ferienlager-Plätzen ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und das SAH konnte sein Angebot ausbauen. Im Jahr 2017 fand erstmals ein Lager für junge Menschen aus der Westschweiz statt. Ab 2023 werden auch Kinder aus dem Tessin in ein Ferienlager eingeladen. Die Finanzierung der Lager ist Jahr für Jahr eine Herausforderung. Dank treuen Stiftungen und neuen Unterstützer:innen wird sie möglich. Die lesenswerte Festbroschüre zum 90-Jahr-Jubiläum der SAH-Kinder- und Jugendferienlager findet sich hier: www.sah-schweiz.ch



Für eine inklusive Schweiz

Die Inklusions-Initiative will es Menschen mit Behinderungen endlich ermöglichen, am gesellschaftlichen und politischen Leben vollumfänglich teilzuhaben. Am Parteitag von Ende August fassen wir offiziell die Parole zur Unterstützung dieses längst fälligen Anliegen.



Franziska Roth, Nationalrätin SO, Mitglied des Initiativ-Komitees

Jetzt Unterschriftenkarte in der Heftmitte unterzeichnen!

In der Schweiz leben rund 1,7 Millionen Menschen mit Behinderungen. Täglich stossen sie auf zahlreiche Barrieren, die ihnen eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben erschweren oder sogar verunmöglichen. Dennoch steht die Schweiz bei der Inklusion still. Wir vollziehen den nötigen Wechsel nur halbherzig: weg vom Fürsorgemodell mit Fremdbestimmung und Diskriminierung – hin zu einem Modell, das auf den Menschenrechten fusst und garantiert, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und gleichberechtigt am Leben teilhaben können.

A., 37-jährig: «Nur weil ich ständig mit dem Kopf wackle, bedeutet das nicht, dass ich Goethes Faust nicht verstehe. Aber die Anreise mit dem ÖV ins Theater in Zürich bereitet mir tatsächlich Kopfzerbrechen.»*

Es gibt kaum einen Bereich, in dem Menschen mit Behinderungen nicht benachteiligt sind. Das zeigt sich in der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, beim Wohnen, im öffentlichen Verkehr oder bei der Ausübung der politischen Rechte.

M., 13-jährig: «Zum Glück ist jetzt Frau R. an unserer Schule. Vorher bekam ich einfach irgendeine Frucht zum Zvieri. Jetzt kann ich mit dem Talker (elektronische Kommunikationshilfe) endlich sagen, dass ich wie Sven lieber eine Orange als eine Mandarine möchte.»*

Sogenannte nonverbale Menschen wollen und können mitreden, dazu brauchen sie aber unterstützte Kommunikation. Wenn der Zufall bestimmt, ob die Betreuenden bemerken, dass ein Mensch mit Behinderungen augengesteuert kompetent mitreden kann, dann hat das mit Gleichstellung wenig zu tun. Es darf keine Frage des Zufalls sein, ob man kommunizieren kann – sondern es braucht entsprechende Assistenzleistungen.

L., 28-jährig: «Dass ich als Autist mit einem überdurchschnittlichen IQ im 21. Jahrhundert Dinge zusammenschrauben soll und nicht im ersten Arbeitsmarkt arbeiten darf, zeigt, wie sehr die Schweiz am Gewohnten festhält.»*

Das müsste nicht so sein. Im Bericht des Bundesrats zur Behindertenpolitik von 2018 steht klipp und klar: «Die Schweiz ist mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Verpflichtungen eingegan-

gen. Sie verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die Hindernisse, mit denen Menschen mit Behinderungen in der Schweiz konfrontiert sind, abgebaut werden und sie verpflichtet sich, Menschen mit Behinderungen gegen Diskriminierung zu schützen und ihre Inklusion und Gleichstellung in der Gesellschaft zu fördern.» Doch bei der Umsetzung harzt es.

Die Politik publiziert in Hochglanzberichten Empfehlungen zu Massnahmen, schaut aber bei deren Umsetzung nicht hin. Die Behindertenpolitik wird an den Rand gedrängt. Statt mit Menschen mit Behinderungen spricht man bloss über sie. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gehört darum ins Zentrum der politischen Arbeit, und Betroffene gehören in politische Ämter.

Die Inklusions-Initiative fordert Gleichstellung, Selbstbestimmung und Teilhabe. Wir wissen, was zu tun ist. Wir wissen, wie es zu tun ist, und wir haben das Geld, es zu tun. Tun wir es jetzt!

*Die Zitate stammen von Betroffenen, die Franziska Roth beruflich und ehrenamtlich begleitet

WAS DIE INITIATIVE FORDERT

- **Selbstbestimmte Teilhabe**
In fast allen Bereichen sind Menschen mit Behinderungen benachteiligt. Dieser Diskriminierung wollen wir ein Ende setzen.
- **Freie Wahl von Wohnort und Wohnform**
Menschen mit Behinderungen sind häufig gezwungen, in einem Heim zu wohnen. Es fehlt an Geld für die Unterstützung von selbstbestimmten Wohnformen, und es fehlt an ausreichend bezahlbaren und hindernisfreien Wohnungen.
- **Nötige Assistenz sicherstellen**
Damit Menschen mit Behinderungen ihr Leben rechtlich und tatsächlich gleichgestellt führen können, müssen sie bei Bedarf auf Assistenzleistungen zurückgreifen können.

Das Wirtschaftswachstum: Fluch oder Segen?

Ist das Wirtschaftswachstum die Lösung der Klimakrise – oder die Ursache? Mit dieser Frage beschäftigten sich die Teilnehmer:innen der Brüsseler «Beyond Growth»-Konferenz, darunter auch Lea Trogrlić von der SP. Vorneweg: Einfache Antworten gibt es nicht.

Mit der Konferenz wollten die Veranstalter:innen eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik schlagen. Deshalb luden sie neben Wissenschaftler:innen auch EU-Politiker:innen aufs Podium der «Beyond Growth»-Konferenz. Rund 7000 zumeist junge Teilnehmer:innen verfolgten vor Ort in Brüssel oder online die Redebeiträge und diskutierten die Frage, wie wir angesichts der Klimakrise mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) umgehen sollen. Die Antwort hängt massgeblich davon ab, ob wir das BIP-Wachstum als Lösung oder als Ursache der Klimakrise verstehen. Wissenschaft und Politik vertreten in dieser Frage unterschiedliche Ansätze.

In der Politik wird das BIP-Wachstum zumeist als Treiber technologischer Innovationen gefeiert und gefördert. Dennoch äusserte sich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kritisch zum heutigen, auf fossilen Energieträgern basierenden Wachstumsmodell und erklärte dieses für hinfällig. Sie sprach sich für eine soziale Marktwirtschaft aus, die auf einem BIP-Wachstum mit erneuerbaren Energien basiert. Weiter wurde das BIP als Messgrösse für Wohlstand und Lebensqualität kritisiert. Ergänzende Indikatoren seien notwendig, etwa zur Messung der nachhaltigen Entwicklung oder der Lebenszufriedenheit der Menschen.

Dringende Umverteilung von oben nach unten

Die Wissenschaft wiederum sieht im BIP-Wachstum einen Treiber für den Ressourcenverbrauch. Deshalb plädierten Wissenschaftsvertreter:innen an der Konferenz für ein vom Wachstum unabhängiges Wirtschaftssystem. Der Klimawandel lasse sich nicht bremsen, solange die Produktion und der Konsum von Gütern und Dienstleistungen weiter angekurbelt würden. Darin stimmten die Wissenschaftler:innen überein. Doch welche Wirtschaftsbereiche sind aus sozialer und öko-

logischer Sicht sinnvoll? Darunter würden beispielsweise die von der öffentlichen Hand finanzierte Grundversorgung (Service public) fallen, etwa in den Bereichen Pflege, erneuerbare Energien und Bildung. Ausgeschlossen wären Bereiche wie fossile Energieträger und Luxusgüter. Ob schlussendlich ein Wachstum oder ein Rückgang des BIP resultiert, spielt keine Rolle, solange der Energie- und Ressourcenverbrauch einer Volkswirtschaft verringert wird. Klar ist: Entsprechende Entscheide müssen demokratisch gefällt werden.

Die Wissenschaftler:innen waren sich auch in einem weiteren Punkt einig: Um den Prozess hin zu einem zukunftsfähigen BIP sozialverträglich zu gestalten, braucht es eine Umverteilung von oben nach unten. Der ökologische Ökonom Jason Hickel oder auch Milena Buchs, Professorin für nachhaltige Wohlfahrt, brachten dafür Vermögenssteuern und einen Mindest- und Maximallohn ins Spiel (man erinnere sich an die 1:12-Initiative der JUSO Schweiz!). Wie ein demokratischer Prozess aussehen müsste, um die politische Akzeptanz im Rahmen bisheriger Machtstrukturen und darüber hinaus zu finden, wurde jedoch ausgeklammert.

Die Klimakrise ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Deshalb müssen wir uns als SP damit auseinandersetzen, wie wir eine soziale und ökologische Transformation hinbekommen. Diese Konferenz zeigte Details für Lösungswege auf, warf aber auch weitere Fragen auf. Wir bleiben dran! Lea Trogrlić

Studie der EU: Beyond growth – Pathways towards sustainable prosperity in the EU



→ sp-ps.ch/beyond-growth-studie-eu



Solidarisch auf 1000 Meter Höhe

Alpensozis? Das sind Genoss:innen aus den Berggebieten. International sind wir in der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat:innen im Alpenraum (ASA) zusammengeschlossen, in der Schweiz treffen wir uns seit 2017 wieder regelmässig. Denn gemeinsam atmet sich's besser in der dünnen Luft.

Diesen Juni trafen sich gegen 20 Alpensozis aus den Kantonen Glarus, Graubünden, Tessin, Wallis, Uri, Schwyz und Appenzell-Innerrhoden im Alpstein. Gemeinsam fuhren wir auf die Ebenalp (AI), wo wir uns bei Chäsmagronen über die politische Arbeit im Berggebiet austauschten. Der Innerrhodner SP-Kantonalpräsident Martin Pfister hatte den Austausch zu den Themen nachhaltige Wirtschaft und umweltverträglicher Tourismus organisiert. Am Nachmittag tauschten wir uns mit Umweltwissenschaftler Roger Gmünder zur nachhaltigen Arbeitsweise der Mineralquellen Gontenbad aus. Gmünder zeigte auf, wie in verschiedensten Bereichen – vom Verbrauch von Treibstoff für Lieferfahrten bis zur Sammelquote der PET-Flaschen – ungenügende Werte identifiziert und gezielt angegangen werden. Roman Sutter, Experte in ökologischer Baubegleitung, führte uns anschliessend durch den natürlichen Alpengarten auf der Ebenalp – ein Ort, der stark von «Overtourism» geprägt war und immer noch ist und der dieser Herausforderung auf umweltfreundliche Weise begegnen will.

Neben der jährlichen Exkursion der Alpensozis finden regelmässige Online-Treffen statt. Aktuell befassen wir uns mit den Themen Raumplanung/Zweitwohnungen, Energie und Verkehr: Wie erhalten wir zahlbaren Wohnraum an touristischen Hotspots? Wie stellen wir uns zum Ausbau der Sonnenenergie in den Alpen? Was unternehmen wir gegen den Stau in den Bündner, Urner und Tessiner Tälern?

Wer mittun möchte, kann sich gerne unter rebekka.wyler@spschweiz.ch melden.

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz, wohnhaft in Erstfeld (UR)

Positionspapier unter → www.alpensozis.ch



Mit Improvisation gegen Food waste

Küchenchef Rolf Knecht weiss nicht nur, was Gäste in Luxushotels erwarten, sondern auch, was Jugendliche am liebsten essen. Und wenn sich auch noch Food waste vermeiden lässt, ist noch mehr gewonnen. Pia Wildberger

«Ich war schon immer links», sagt Küchenchef Rolf Knecht rückblickend, «und besonders in jungen Jahren viel linker als die SP.» Auch heute schlägt sein Herz links – zum Glück für die SP. Letztes Jahr trat er in Meiringen für den Gemeinderat an. «Es fehlte nicht viel und ich wäre als Auswärtiger gewählt worden», sagt er, und in der Stimme schwingt eine Prise Stolz mit.

Wer ihn kennt, staunt nicht. Zwar lebt der begnadete Netzwerker erst seit vier Jahren in Meiringen. Mit seiner zupackenden Art, die Dinge zu erledigen, dürfte er jedoch manche:n Wähler:in überzeugt haben. Als Küchenchef des Hotels Deltapark in Gwatt bei Thun hat er innert Kürze einiges bewegt und in der Küche des Luxushotels für mehr Nachhaltigkeit gesorgt.

Wenn heute beispielsweise ein Bauer aus der Umgebung 200 Kilogramm Erdbeeren zu viel geerntet hat, die Rüebli krumm oder die Kartoffeln zu dick wachsen – Küchenchef Rolf Knecht nimmt sie dem Produzenten zu einem fairen Preis ab und zaubert daraus ein Festessen. «Das ist mein Beitrag gegen Food waste.»

Auch in der Küche produzieren Rolf Knecht und sein Team fast keinen Abfall. So kauft er seit kurzem nur noch ganze Kälber und Rinder ein. Alle Teile der Tiere werden verarbeitet und den Gästen aufgetischt.

Bio für alle?

Wie wichtig sind biologisch angebaute Lebensmittel in der Klimaküche? Der nachhaltige Anbau sei natürlich wichtig, so Knecht. «Doch Bio können sich nicht alle leisten, und es gibt nicht genug davon.» Darum sein Tipp: Wer klimafreundlich kochen will, vermeidet Food waste.

Wenn die Bauern der Umgebung unerwartet Gemüse anliefern, «improvisieren wir und arbeiten mit dem, was wir haben», so Knecht. Improvisieren hat er in den über 20 Berufsjahren gelernt, die er zunächst in Kanada, später in China, Japan, Malaysia und Indonesien verbrachte. Für die amerikanische Luxus-Hotelkette Hyatt leitete er in Südostasien bisweilen bis zu 40 Restaurants.

Kurz bevor Corona ausbrach, kehrte er mit seiner Familie in die Schweiz zurück. Seine drei Kinder sollten nicht in Grossstäd-

ten wie Shanghai oder Kuala Lumpur aufwachsen, und seine Frau hatte in der Schweiz bessere Berufschancen. Zu Beginn heuerte er als Koch bei der Internatsschule Ecole d'Humanité an, wo er sich rasch in die Herzen der Jugendlichen kochte. Zum Zmittag gab's beispielsweise auch mal einen nachhaltigen, gesunden Burger – aus Grünkernschrot mit Dinkelbrötchen aus dem eigenen Ofen und selbstgemachtem Ketchup.

Die Klima-Küche für die Jugend überzeugte auch die Links-Redaktion, die den vegetarischen Burger testen durfte. Zum Nachkochen wärmstens empfohlen – wir wünschen bon appétit!

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food-Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Grünkern-Burger mit Sesam-Kartoffeln

Für 4 bis 5 Stück

Zutaten

- 45 g Zwiebeln, fein gehackt
- 525 g Grünkernschrot
- 1,8 l Wasser oder Bouillon
- 4–5 Eigelb
- 150 g Quark
- 150 g Bergkäse (oder anderer Hartkäse, der im Haushalt vorhanden ist)
- 60 g Paniermehl
- Harissa nach Belieben
- 1–2 Lorbeerblatt

Für Veganer:innen: Eigelb, Quark und Bergkäse mit zwei grossen geriebenen Karotten, 1 EL Tomatenmark und etwas Senf oder New Roots Crème fraîche ersetzen.

Zubereitung

1. Fein gehackte Zwiebel in einer ofenfesten Pfanne andünsten. Grünkernschrot und Lorbeerblatt begeben.
Vegan: Karotten und Tomatenmark begeben
2. Wasser oder Bouillon begeben und aufkochen.
5 Minuten kochen lassen, rühren, Herdplatte abschalten und 30 Minuten quellen lassen.
Alternativ bei 180 Grad im Ofen kochen und quellen lassen (brennt sicher nicht an)
3. Masse herausnehmen und mit Salz und Harissa oder frischen Kräutern abschmecken. Eigelb und geriebener Bergkäse begeben, gut vermischen und auskühlen lassen.
Vegan: New Roots Crème fraîche begeben
4. 4–5 Hamburger-Patties formen. Eiweiss leicht schaumig aufschlagen, etwas Wasser begeben und Patties darin und im Paniermehl wenden, anbraten.
Anstelle von Paniermehl Haferflocken nehmen oder den Schritt ganz weglassen.
5. Die Patties in der Pfanne leicht anbraten und unter Wenden fertigkochen. Alternativ mit Sesam-Kartoffeln 10 Minuten im Ofen mitbacken.

Sesam-Kartoffeln

Kartoffeln in Schnitze schneiden, in etwas Rapsöl und Tahini marinieren, Sesam dazugeben und im Ofen bei 180 Grad 20 Min. backen.

BUCHBESPRECHUNG

Die direkte Demokratie in den Schweizer Gemeinden

Die Politolog:innen Martina Flick Witzig und Adrian Vatter untersuchen in ihrem neuen Buch die Verbreitung und Anwendung der direktdemokratischen Instrumente (Initiative und Referendum) in den Schweizer Gemeinden. Obligatorisches Referendum bedeutet, dass eine Vorlage zwingend dem Volk vorgelegt werden muss, aufgrund des Themas oder weil ein bestimmter Finanzbetrag überschritten wird. Das fakultative Referendum hingegen muss von den Stimmbürger:innen aktiv ergriffen werden.

Es fällt auf, dass alle drei Formen in Gemeinden mit Gemeindeversammlung deutlich weniger vorhanden sind. Am meisten genutzt werden die Formen der direkten Demokratie in den grösseren Deutschschweizer Städten, was als Kompensation für die Delegation von Kompetenzen ans kommunale Parlament aufgefasst werden kann. Wie alles in der Schweiz ist auch die Organisation der Gemeinden von Kanton zu Kanton verschieden... Grosse Unterschiede bestehen besonders zwischen der deutschen Schweiz, wo die Gemeindeversammlung sehr verbreitet ist, und der Romandie sowie dem Tessin, wo auch in kleinen Gemeinden häufig Parlamente bestehen. Historiker und Politikwissenschaftler Claude Longchamp weist in seiner Besprechung des Buches auf zoonpoliticon.ch darauf hin, dass es sich lohnen würde, auch das System der Gemeindeversammlungen mit seinen Vor- und Nachteilen näher zu erforschen.

Mehr Erfolge auf Gemeindeebene

Spannend ist, dass die Hürden für Referenden und Initiativen in den Gemeinden höher sind als auf Bundesebene – dass aber auch die Erfolgschancen deutlich grösser sind. Die Stichprobe der Autor:innen zeigt: Bei obligatorischen Referenden werden die Vorlagen der Behörden in 93 Prozent aller Fälle angenommen, im Fall von fakultativen Referenden liegt die Erfolgschance der Vorlage noch bei 64 und kommunale Volksinitiativen haben Erfolgschancen von gegen 40 Prozent (Gegenvorschläge sogar von gut zwei Dritteln). Ein Vergleich mit der Bundesebene zeigt, dass Vorlagen auf Gemeindeebene

fast doppelt so häufig angenommen werden. Ein links geprägtes Umfeld hat gemäss der Studie eine positive Auswirkung auf den Anteil angenommener Initiativen – eine gute Nachricht für uns. Claude Longchamp postuliert ergänzend, dass Abstimmungen auf nationaler Ebene stärker umkämpft sind. Eidgenössische Initiativen haben deshalb nur in wenigen Fällen Erfolg, während die Volksbegehren auf Gemeindeebene nicht derart polarisieren und deshalb die Chancen auf ein Ja höher liegen.

Was die Beteiligung der Bevölkerung an kommunalen Urnengängen angeht, hängt diese stark von am gleichen Tag zur Abstimmung kommenden eidgenössischen Vorlagen ab, die in der Regel am meisten mobilisieren. Es gibt aber auch Gemeindeabstimmungen, die stark polarisieren und viele Leute an die Urne bewegen.

Fazit: Ein spannendes Buch zu einem wichtigen Thema, mit zahlreichen Grafiken und Beispielen. Für alle kommunalpolitisch Interessierten und Aktiven – auch wenn die Praxis nicht immer mit der Statistik übereinstimmt: In unserer Gemeinde mussten wir dreimal Anlauf nehmen, um ein obligatorisches Referendum zu gewinnen. Umso wichtiger ist es, den Überblick zu behalten und den Mut nicht zu verlieren.

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin und Gemeinderätin in Erstfeld (UR)



Direkte Demokratie in den Gemeinden, von Martina Flick Witzig und Adrian Vatter, NZZ Libro 2023.



6

Fragen an **Manuela Honegger**

42, Neuenburg

1. Kannst du dich kurz vorstellen?

Mein Name ist Manuela Honegger, ich habe Politikwissenschaften studiert und zum Thema Sozialhilfe, Staatsbürgerschaft und Diskriminierungen doktriert. Ich engagiere mich seit langem in verschiedenen Gruppierungen. Als Mentorin setze ich mich für gemeinnützige Organisationen und für Frauen ein. Und seit kurzem bin ich Mitglied der SP Neuenburg.

2. Wie würdest du dich kurz und knapp beschreiben?

Ich bin ein pragmatischer Mensch. Ich versuche tagtäglich, den Feminismus voranzubringen und die Situation von Menschen in prekären Situationen zu verbessern. Darum bin ich auch in der Politik und in Vereinen aktiv. Zu guter Letzt bin ich eine lösungsorientierte Person. Ich will mit meinem Engagement zur Schaffung einer besseren Zukunft beitragen.

3. Warum bist du der SP beigetreten?

Durch meine Arbeit im sozialen Bereich bin ich täglich mit Armut in der Schweiz konfrontiert. Es ist die SP, die auf allen Ebenen in den Parlamenten und Regierungen für soziale Gerechtigkeit kämpft.

4. Welche Themen haben für dich in der Schweiz Priorität?

Die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Frau und Mann ist in einem reichen Land wie der Schweiz inakzeptabel. Frauen sind in benachteiligten sozialen Gruppen übervertreten, weil sie auch heute noch den Grossteil der unbezahlten Haus- und «Care»-Arbeit leisten. Dies wirkt sich auf ihre materielle Situation während des Arbeitslebens aus und setzt sich im Ruhestand fort. Frauen beziehen im Schnitt tiefere Renten als Männer. Auch sind so genannte Frauenberufe unterbezahlt. Wir müssen endlich handeln und die ökonomische Gleichstellung umsetzen, damit Frauen es schaffen, aus der Armut herauszukommen.

5. Wenn du einen Zauberstab hättest, was würdest du als Erstes tun?

Zunächst würde ich dafür sorgen, dass «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» umfassend gilt. Zweitens würde ich die 35-Stunden-Woche einführen. Es ist schwer vorstellbar, dass wir im gleichen Tempo weiterarbeiten, obwohl unsere Produktivität in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen ist. Schliesslich würde ich einen Aktionsplan für unbezahlte Arbeit einführen, damit diese die Anerkennung erhält, die ihr gebührt: Unsere Gesellschaft funktioniert nur dank der unentgeltlichen Arbeit so reibungslos.

6. Wie sieht deine Vision der SP in 20 Jahren aus?

Dannzumal wird der Anteil der SP in allen Parlamenten des Landes bei 30 Prozent oder mehr liegen. Dieses Wachstum der Partei in unseren politischen Institutionen wird dazu führen, dass vernachlässigte Themen – zum Beispiel soziale Gerechtigkeit und Feminismus – noch besser vertreten sind.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Webinar – Teilnahme kostenlos

Direkt aus dem Bundeshaus: Pierre-Yves Maillard berichtet aus der Session

5.1.2303, **online**

28. September 2023,
19.15 – 20.30 Uhr

Dieses Webinar ist für politisch Interessierte. Arbeitszeit und Löhne, Gesundheitsschutz und Gleichstellung, Rentenalter und Pensionskasse: Entscheide des Parlaments haben direkte Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung der Schweiz. Auf Arbeitnehmende und Pensionierte, Migrant:innen und Schweizer:innen verschiedener Geschlechter. Pierre-Yves Maillard, SGB- und Movendo-Präsident, berichtet direkt aus dem Nationalratssaal über die laufende Session: Er erklärt gewerkschaftliche Initiativen, gibt Einblick in aktuelle Debatten und zeigt auf, wie Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmenden unter der Bundeshauskuppel vertreten. Das Webinar ist gratis und wird simultan auf Deutsch und Französisch übersetzt.

Grundkompetenzen der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz stärken

D1.7.2326

18. Oktober 2023 in Zürich
Informationen im Internet suchen, einen Arbeitsrapport schreiben oder eine Berechnung anstellen? Für mehr als 800 000 Erwachsene in der Schweiz ist dies ein Problem! Personen mit mangelnden Fähigkeiten in Lesen, Schreiben, Rechnen oder im Umgang mit digitalen Hilfsmitteln gibt es fast an jedem Arbeitsort: Mit Auswirkungen auf Betroffene, Team und Betrieb. In diesem Workshop steht die Frage im Zentrum, wie Mitglieder von Personalvertretungen und Gewerkschaftssekretär:innen Betroffene stärken und Betriebsstrukturen mitgestalten.

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten

D1.9.2302

30.–31. Oktober 2023 in Olten
D1.9.2304 Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten
30. November – 1. Dezember 2023 in Olten

Die Vertretung der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen beinhaltet viel Verantwortung und Einflussmöglichkeiten. Die Kurse vermitteln die wichtigsten Grundlagen für diese Aufgabe und greifen die aktuellsten Probleme der Pensionskassen auf.

Wirtschaftspolitik für Arbeitnehmende

D2.1.2305

20. November 2023 in Zürich
Welche wirtschaftspolitischen Massnahmen dienen Arbeitnehmenden am meisten? In diesem Kurs erläutern wir die wichtigsten wirtschaftlichen Zusammenhänge. Wir zeigen, wie Gewerkschaften auf die Wirtschaft einwirken und zu einer arbeitnehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik beitragen.

Die Anmeldung erfolgt online unter www.movendo.ch, per Mail an info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Infos Seite 3

AGENDA 2023

26. AUGUST 2023
Parteitag in Biel

8. SEPTEMBER 2023
Parteiratssitzung, online

9. SEPTEMBER 2023
Kommunaltagung in Belp

18. SEPTEMBER 2023
Energie-Stammtisch
der SP Frauen in Bern

30. SEPTEMBER 2023
Mitgliederversammlung
der SP Frauen in Biel

8. OKTOBER 2023
Mitgliederversammlung
der SP queer in Zürich

22. OKTOBER 2023
National- und Ständeratswahlen

6. – 14. NOVEMBER 2023
Hearings der Bundesratskandidierenden in Genf, Biel, Olten und Schaffhausen

18. NOVEMBER 2023
Delegiertenkonferenz der
SP Migrant:innen in Bern

Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/agenda



175 Jahre Bundesverfassung – Die Geburt der modernen Schweiz

Anlässlich des 175-Jahr-Jubiläums der Schweizer Bundesverfassung diskutiert Prof. Dr. André Holenstein von der Universität Bern mit Dr. Sabine Jenni von Demokrative über den Ursprung der modernen Schweiz, die gegenwärtige Bedeutung der Verfassung und die Frage, was es braucht, um Demo-

kratie und Frieden in Zukunft zu ermöglichen.

31. August 2023, 20–21.30 Uhr,
Heiliggeistkirche Bern

Stadtrundgang «ZH Kolonial» über die kolonialen Verwicklungen Zürichs

- Rundgang mit dem Fokus «Wirtschaftliche Ausbeutung und Kolonialismus»
Sa, 2. September, 14 Uhr
Fr, 22. September, 17.30 Uhr
So, 1. Oktober, 14 Uhr
- Rundgang mit dem Fokus «Wissenschaft, Kultur und Kolonialismus»
So, 20. August, 14 Uhr
So, 17. September, 14 Uhr
Sa, 28. Oktober, 14 Uhr
Anmeldung und Informationen unter: anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial

Zwischen politischer Organisation und Widerstand. Diskussion über den Krieg in der Ukraine mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Plattform

Mitglieder der ukrainischen sozialdemokratischen Plattform diskutieren über ukrainische Sichtweisen auf die Politik während dem Krieg. Thema sind Schweizer Waffenlieferungen, Korruption und die Auseinandersetzungen zwischen den ukrainischen Gewerkschaften und der etablierten Politik.

25. August 2023, 19–20.30 Uhr,
Rosa-Luxemburg-Saal, Café Boy,
Zürich

Europacafé «Wohnen als soziale Infrastruktur» mit Andrej Holm

Steigende Mieten, Verdrängungsprozesse und Strassenproteste bringen die Wohnungsfrage

wieder in die politische Debatte in vielen Städten. Weshalb steigen die Mieten ständig? Wer ist betroffen? Wie kann die Politik reagieren? Die Veranstaltung befasst sich mit Herausforderungen der Wohnpolitik in Europa. Der Referent Andrej Holm ist Stadtsoziologe am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Stadtentwicklung, Wohnungspolitik und Gentrifizierung und engagiert sich in zahlreichen politischen Initiativen.
Do, 7. September, 19 Uhr
Hörsaal 001, Universität Basel

Weitere Veranstaltungen sowie Studien, Publikationen und Diskussionspapiere unter
→ anny-klawa-morf.ch



AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG

links | Mitgliederzeitung der SP Schweiz

Retouren an: SP Schweiz, Postfach

Telefonieren für eine soziale Schweiz

Die Wahlen vom 22. Oktober werden darüber entscheiden, ob wir die Kaufkraft der Menschen stärken können und in der Gleichstellung und im Klimaschutz vorankommen.

Es gibt viele Wahlberechtigte, die im Grunde unsere Werte teilen, aber hin und wieder vergessen, ihre Stimme abzugeben. Darum möchten wir möglichst viele Menschen telefonisch an die Wahlen erinnern.

Hilfst du bei einer Telefonaktion mit?

Ab 30. September finden hunderte von Telefonanlässen statt.

Hier kannst du dich einfach anmelden:



www.sp-ps.ch/telefonieren

Jetzt ist es an der Zeit, sich für eine soziale Schweiz zu engagieren! Sei auch du dabei!